**Absender
Fraktion DIE LINKE.**

Drucksachen-Nr.

0355/2015/1

öffentlich

Antrag

der Fraktion DIE LINKE.

zur Sitzung:

Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr am 21.10.2015

Tagesordnungspunkt Ö 16.4

Antrag der Fraktion DIE LINKE. vom 21.08.2015 (eingegangen am 21.08.2015) zur Aufhebung/Abänderung von Beschlüssen zur Einrichtung eines zentralen Wertstoffhofes

Inhalt:

Mit Schreiben vom 21.08.2015 beantragt die Fraktion DIE LINKE., den Grundsatzbeschluss zur Errichtung eines zentralen Wertstoffhofes in Bergisch Gladbach aus dem Jahr 2008 und den Beschluss zur Errichtung eines Wertstoffhofes auf dem Grundstück Refrather Weg 34 (Kippemühle) zurückzunehmen sowie auf die Anpachtung (gemeint ist der Abschluss eines Erbbaurechtsvertrages) des Grundstücks zu verzichten. Soweit der Pachtvertrag bereits unterzeichnet sei, solle das Grundstück für die Errichtung von Sozialwohnraum und Flüchtlingsunterkünften genutzt werden. Zur Begründung des Antrages wird ausgeführt, dass die Notwendigkeit für die Errichtung eines Wertstoffhofes im Hinblick auf die Bereitstellung von öffentlichen Sammelcontainern für Elektrokleingeräte durch den BAV entfallen sei. Auch sei die dezentrale Abgabemöglichkeit für Schadstoffe am Schadstoffmobil ausreichend, zumal durch eine erfolgte Änderung der Vorgaben für die Annahme von Sondermüll mittlerweile sämtliche Schadstoffarten in den Schadstoffmobilen angenommen würden. Daher sei eine zusätzliche zentrale Stelle nicht mehr notwendig.

Der Antrag ist beigelegt.

Stellungnahme der Verwaltung:

1. Die Sammlung von Elektroaltgeräten ist nur ein Bestandteil der Erfassung von Wertstoffen auf dem Wertstoffhof. Die Antragstellerin übersieht die in § 13 Abs. 1 Elektro- und Elektronikgerätegesetz verankerte Verpflichtung des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers, eine Übergabestelle für Elektroaltgeräte in seinem Gebiet einzurichten und zu betreiben. Da der weitere Betrieb am Standort Obereschbach im Hinblick auf die Sanierung des Betriebshofes nicht möglich ist, besteht die Notwendigkeit zur Errichtung eines Wertstoffhofes. Die Depotcontainer für Elektrokleingeräte sind nur ein zusätzliches, haushaltsnahes Angebot zur Erfassung, da die zu erfüllenden Sammelquoten allein mit einer Übergabestelle nicht zu erreichen sind. Naturgemäß können durch diese Depotcontainer auch keine Großgeräte wie z.B. Waschmaschinen oder Ergometer erfasst werden.
2. Eine Änderung der Vorgaben für die Annahme gefährlicher Abfälle an Schadstoffmobilen ist der Verwaltung nicht bekannt. Da die Kapazitäten auf dem Schadstoffmobil auch beschränkt sind, ist dort die Annahme größerer Mengen gefährlicher Abfälle, z.B. von asbesthaltigen Materialien, Mineralfaserprodukten oder Nachspeicheröfen auch zukünftig nicht möglich. Hierfür ist eine zentrale Annahmestelle erforderlich.
3. Für das Grundstück wird ein Erbbaurechtsvertrag abgeschlossen. Dabei sind die Nutzungsrechte des Erbbaurechtsnehmers entsprechend dem Erbbaurechtsgesetz notariell beurkundet. Eine Nutzung des Grundstücks zu anderen Zwecken als der vereinbarten Nutzung ist ausgeschlossen.